JUNI 2014
Ausgabe 3

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION

IM GESPRÄCH

GÜNTHER FELBINGER

Bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Lesen Sie mehr auf
Seite 16 - 19

Florian Streibl MdL
Brisant

Labor-Affäre Schottdorf: FREIE WÄHLER wollen mit Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel bringen.
Lesen Sie auf Seite 8 und 9

VORWORT

Der Bürger hat das Wort!

Liebe Leserinnen und Leser unserer Fraktionszeitung,

Bürgerbeteiligung, Bürgerproteste, Massenpetitionen, Volksbegehren – braucht es das alles, wo doch ohnehin schon fast jedes Jahr Wahlen sind? Ich meine ja, weil eben der Bürger viele politische Fragen bei der reinen Wahl `seiner´ Partei nicht exakt genug beantworten kann. Wenn es auch für die Regierenden nicht immer einfach ist, es jedem Recht zu machen, muss man es zumindest versuchen. Eine breite Bürgerbeteiligung bringt in der Regel bessere Resultate, zumindest aber mehr Akzeptanz für politische Entscheidungen. Inakzeptabel aus unserer Sicht ist dagegen die von der Staatsregierung geplante „unverbindliche Volksbefragung“, die nur von Staatsregierung und Landtagsmehrheit angestoßen werden kann – nicht aber vom Volk selbst, wie wir FREIE WÄHLER es fordern. Außerdem verlangen wir, dass Abstimmungsergebnisse für die Regierung eine Handlungsanweisung sind, nicht ein unverbindliches „Schau'n mer mal...“.

Trassenausbau überdenken
Auch bei Bürgerprotesten und Massenpetitionen gegen die geplante Stromtrasse von Sachsen-Anhalt nach Schwaben hat sich „der Bürger“ zu Wort gemeldet. Zu Recht und schon ganz schön erfolgreich. Die Konsequenz daraus sollte allerdings nicht sein, Anfangs- und Endpunkt einer Leitung zu verschieben, sondern den Trassenausbau insgesamt zu überdenken. Österreich und Bayern sind mit vielen freien Leitungskapazitäten verbunden und Österreich legt neue Gaskraftwerke still, während wir Windstrom von Norddeutschland holen wollen, wofür wir riesige Trassen schlagen müssten? Überschussstrom im Norden durch Methanisierung in Gas umwandeln und die österreichischen Kapazitäten für Bayern nutzen oder selbst in Gaskraftwerke investieren, liegt näher.

Unterschreiben für ein besseres Gymnasium
Vom 3. bis 16. Juli haben Sie als Bürger ferner das Wort, wenn es um die Zukunft des bayerischen Gymnasiums geht. Wir wollen, dass auch Gymnasiasten wieder mehr Zeit haben, neben der Schule am gesellschaftlichen Leben Teil zu haben. Da ein neunjähriges Gymnasium gleichzeitig der Qualitätsverbesserung dient, bietet die Unterschrift unter unser Volksbegehren hier ebenfalls die Chance, die Regierung zu einer dringend nötigen Kurskorrektur zu bewegen!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hubert Aiwanger
Vorsitzender der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion

INHALT

2 Vorwort
3 Ehrenamt und neunjähriges Gymnasium
4 Unterschreiben für ein besseres Gymnasium
6 G8 – Zu unreif für die Uni?
8 Labor-Affäre Schottdorf
10 FREIE WÄHLER wollen Gesetz gegen BR-„Wellentausch“
12 Vier Fragen zur Zukunft der Agrarpolitik
14 Neue stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses: Eva Gottstein
15 Wieder Mitglied der Fraktion: Joachim Hanisch
16 Im Gespräch mit Günther Felbinger
20 Ehrenamt: Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
22 Ehrenamt: Dr. Hans Jürgen Fahn
24 Ehrenamt: Günther Felbinger
26 Ehrenamt: Alexander Muthmann
28 Lob und Dank dem Ehrenamt
30 FREIE WÄHLER schaffen den Sprung nach Europa
31 Passiert & Notiert
32 Was-Wann-Wo

EHRENAMT UND NEUNJÄHRIGES GYMNASIUM

Seit 1999 wird auf Bundesebene in einer Erhebung das ehrenamtliche Engagement durch Sozialwissenschaftler detailliert erfasst. Diese repräsentative Befragung erbrachte ein erschreckendes Ergebnis: Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums hat sich das ehrenamtliche Interesse von Schülern auch und gerade wegen fehlender Freizeit erheblich reduziert.

Die Einführung des G8 hat dem Ehrenamt geschadet

Vor Einführung des G8 war mehr als die Hälfte der Schüler sozial und ehrenamtlich engagiert – heute sind es gerade noch drei von zehn. Der Rückgang trifft aber nicht nur die sozialen Netzwerke vor Ort. Die steigenden Anforderungen der Schule durch die verdichteten Lehrpläne wirken sich auch negativ auf die Entwicklung der jungen Menschen aus. Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler im sozialen Umgang – die viel beschworene soziale Kompetenz – werden auch außerhalb von Familie und Schule in Gruppen und Vereinen erworben. Hier sind nun verstärkt Defizite zu befürchten. Denn das, was unter dem Begriff Ehrenamt abstrakt zusammengefasst wird, bedeutet vor Ort, in Stadtteilen und Gemeinden, persönliche Gespräche, Freundschaften und Beziehungen unter den Menschen – denen, die helfen können und wollen, und denen, die Hilfe brauchen und bekommen: Freiwillige Feuerwehren, Sportvereine, Jugendarbeit, Betreuung von Alten und Kranken, Hausaufgabenhilfe, Sozialkaufhäuser, Tafeln und vieles mehr.

G9–Volksbegehren: Eintragungsphase vom 3. bis 16. Juli 2014

Viele erfahrene Lehrer wissen um die Auswirkungen des G8: Sie haben den Wechsel vom G9 zum G8 im Jahr 2004 erlebt, als gleich zwei Schüler-Jahrgängen ein Jahr Schulzeit gestrichen, der Stoff in Tiefe sowie Breite reduziert und gleichzeitig der Arbeitsdruck erhöht wurde. Inzwischen wird der zwölfte Schüler-Jahrgang durch das G8 geschleust. Das G8 hat dem Ehrenamt geschadet, weil junge Menschen dafür schlicht keine Zeit mehr haben.

Am 3. Juli startet unser Volksbegehren zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8. Bei einer Einführung des G9 werden Schüler wieder mehr Zeit für das Ehrenamt haben. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn MdL (Erlenbach)
Sprecher für Vertriebene, Flüchtlinge und Asyl, generationen- und entwicklungspolitischer Sprecher, Mitglied in den Ausschüssen Bildung und Kultus sowie Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, Mitglied am Runden Tisch Ehrenamt

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2932
E-Mail: Hans-Juergen.Fahn@fw-landtag.de

PARLAMENTARISCHER KONGRESS ZUR WEITERENTWICKLUNG DES GYMNASIUMS IN BAYERN

UNTERSCHREIBEN FÜR EIN BESSERES GYMNASIUM

Die Unterschriftenlisten für das Volksbegehren liegen vom 3. bis 16. Juli in den bayerischen Rathäusern aus. Wenn sich mindestens zehn Prozent aller Stimmberechtigten eintragen (das sind etwa 945 000 Bürgerinnen und Bürger), kommt es zu einem Volksentscheid. Mehr Informationen zum Parlamentarischen Kongress „Zukunft des Gymnasiums“ erhalten Sie unter dem Link:

www.youtube.com/watch?v=iVYTgtGp-uY

Es ging um nichts Geringeres als die Zukunft des Gymnasiums. Schule soll nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden – so steht es in der Bayerische Verfassung und daran erinnerte Florian Streibl, Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer, beim Parlamentarischen Kongress der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zur Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern am 13. Mai im Maximilianeum. „Die G8-Einführung war getragen von dem Gedanken, dass unsere Jugendlichen möglichst schnell wettbewerbsfähig gemacht werden sollen. Wir wollen ihnen wieder ausreichend Zeit geben, ihre Persönlichkeiten zu entwickeln“, sagte Streibl.

Volksbegehren ist der Schlüssel zum G9

Günther Felbinger, MdL und bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, erinnerte vor mehr als 100 Gästen daran, dass das G8 lediglich ökonomisch begründet wurde, nicht pädagogisch: „In zehn Jahren ist es nicht gelungen, eine Akzeptanz für das achtjährige Gymnasium herzustellen.“ Zum Volksbegehren erklärte er, dass im Gesetzentwurf bewusst keine inhaltliche, konkrete pädagogische Ausgestaltung vorgegeben ist: „Diese wollen wir im Konsens mit allen Beteiligten erarbeiten.“ Das Volksbegehren sei jedoch der Schlüssel, die Staatsregierung zu Veränderungen beim misslungenen Konzept G8 zu bewegen.

In der Debatte darf es dabei nicht nur um die Laufzeit des Gymnasiums gehen. Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL und hochschulpolitischer Fraktionssprecher: „Wir wollen neben den Strukturen auch über Inhalte, Pädagogik, Wissens- und Kompetenzvermittlung sprechen.“ Die Autorin des Buchs „Weniger ist mehr – ein Insider über das G8 und das Abitur“, Leonie Zoch, erzählte, wie sie das G8 erlebt hat: „Zeit für Hobbys und der Spaß am Lernen sind zu kurz gekommen“, und plädierte für die Rückkehr zum G9. Schulleiter Dr. Wolfram Winger berichtete von seinem Gymnasium in Baden-Württemberg, das die Wahlfreiheit zwischen G9 und G8 anbietet und aufgrund der großen Nachfrage wieder komplett auf G9 umgestellt hat. Prof. Dr. Hans Peter Klein von der Goethe-Universität (Frankfurt am Main) beklagte, dass das Abiturniveau in den meisten Bundesländern sinke und die Universitäten große Probleme mit nicht studierfähigen Studenten haben.

Turbo-Abitur: G8 ist gescheitert

Einhelligkeit herrschte bei der Bewertung des Turbo-Abiturs: Nach zehn Jahren Erfahrung mit dem G8 steht fest, dass Schüler, Eltern, Lehrer, aber auch die Hochschulen das G8 mehrheitlich ablehnen. Den ursprünglich angestrebten vermeintlichen Vorteilen, wie Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, stehen massive negative Auswirkungen gegenüber: Leistungsdruck auf die Schüler und ihre Familien, reduzierte Freizeit, in der Folge weniger Chancen auf die Entwicklung einer ausgereiften Persönlichkeit.

Das Abitur, auch als “Reifezeugnis“ benannt, wird seiner Aufgabe nicht mehr gerecht.

Mit der Initiative zu einem Volksbegehren für die Wahlfreiheit zwischen G9 und G8 haben die FREIEN WÄHLER Bewegung in die Sache gebracht: Zwischen dem 3. und 16. Juli können die Bürger mit ihrer Unterschrift dazu beitragen, den Druck von den Schülern zu nehmen und wieder Ruhe in die Gymnasien zu bringen. Unterstützt wird das Volksbegehren vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) und dem Forum Bildungspolitik mit 46 Mitgliedsorganisationen. Auch der Bayerische Philologenverband (bpv) fordert eine baldige Grundsatzentscheidung für ein neues neunjähriges Gymnasium. ■

G8 – ZU UNREIF FÜR DIE UNI?

Sie können keinen Mietvertrag abschließen, keinen Bibliotheksausweis beantragen und müssen zur Einschreibung an die Uni mit Mama oder Papa: Für viele erst 17-jährige G8-Absolventen beginnt der Schritt ins wahre Leben mit vielen lästigen Hindernissen. Doch nicht nur die beschränkte Geschäftsfähigkeit der minderjährigen Schulabgänger bereitet Probleme.

Hochschulen beklagen auch, dass die Studierfähigkeit vieler Erstsemester nur noch bedingt gegeben ist. Studierfähig ist, wer über alle allgemeinen Grundlagen verfügt, um ein beliebiges Studium aufzunehmen und zu bewältigen. Dazu gehören zuallererst das sichere Beherrschen der deutschen und der englischen Sprache. Ohne Englisch bleibt die globale Welt des Wissens versperrt. Aber auch die Fähigkeit, Studium und Alltag selbst zu organisieren, sich ständig neu zum Lernen zu motivieren und eigenverantwortlich sein Wissen zu erweitern, sind Teil der Studierfähigkeit. Gut zwanzig Prozent aller Studierenden bekommen das nicht hin. Sie überziehen die Regelstudienzeit um mehrere Jahre oder brechen ihr Studium ab. Im Vergleich: Gut drei Prozent der G8-Oberstufenschüler schaffen das Abitur nicht – beim G9 lag die Durchfallquote in Bayern sogar nur bei einem Prozent.

Die Ursachen dafür sind an beiden Enden zu suchen: in der G8-Turboschule und im Bachelor-Turbostudium. Das Problem auf Schulseite ist, dass bei der Gymnasialzeitkürzung von neun auf acht Jahre vor allem Unterrichtseinheiten weggefallen sind, die zur Einübung und Anwendung des Lernstoffs dienten. Sie sind aber Voraussetzung dafür, dass etwas als tatsächlich „Gelerntes“ im Studium wieder abgerufen werden kann und nicht bloß bis zur nächsten Schulaufgabe im Kurzzeitgedächtnis geparkt wird. Aber – und das ist das Problem auf Hochschulseite – im weiteren Studienverlauf der neuen Bachelor-Studiengänge sind dann keine Zeitfenster mehr vorhanden, um Versäumtes nachzuholen und Wissenslücken zu füllen. Untersuchungen zeigen, dass Bachelor-Studierende sich deshalb sehr viel häufiger überfordert fühlen und Angst vor dem Scheitern haben als früher die Magister-Studierenden, die noch vier, statt heute drei Jahre bis zum Studienabschluss Zeit hatten.

Bildung braucht Zeit

Diese ungünstige Kombination von zweifach verkürzter Lernzeit muss sich zwangsläufig negativ auf die Zahl der Hochschulabschlüsse in Bayern auswirken. Um das zu ändern, kann man zum einen versuchen, die Studienerfolgsquote zu steigern. Man kann zum anderen versuchen, die Zahl der studierwilligen und -fähigen Schulabgänger zu erhöhen. Für beide Strategien gilt: Bildung braucht Zeit, Persönlichkeitsentwicklung braucht Zeit. Wer ein Schuljahr streicht, muss diese Monate an anderer Stelle zur Verfügung stellen. Das heißt entweder, dass die Hochschulen teure Vorkurse anbieten müssen, um das in der Schule nicht nachhaltig genug Gelernte nachzuholen, oder dass immer weniger Studierende in der Regelstudienzeit ihren Abschluss machen können.

Bessere Chancen auf ein gutes Abitur

Besser und gerechter ist die Zeit unserer Meinung nach in der Schule investiert, denn dann haben auch diejenigen eine Chance auf ein gutes Abitur, die es in acht Jahren nicht schaffen würden. Dazu gehören Schüler, denen zuhause niemand beim Lernen helfen kann oder die Deutschkenntnisse nachholen müssen. In kaum einem Bundesland ist die Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen und ethnischen Herkunft so groß wie in Bayern. Bessere Chancen auf ein gutes Abitur hätten aber auch Schüler, die das tun, was das achtjährige Gymnasium nicht tut: sich Zeit nehmen für eine breit aufgestellte Erfahrung und vielfältige Interessen. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo MdL (München)
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst,
hochschulpolitischer Sprecher, medienpolitischer Sprecher

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2054
E-Mail: Michael.Piazolo@fw-landtag.de

LABOR-AFFÄRE SCHOTTDORF

FREIE WÄHLER WOLLEN MIT UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS LICHT INS DUNKEL BRINGEN

Ärzte sollen bei Abrechnungen von Laborleistungen betrogen haben. Doch die Justiz zog sie nicht zur Rechenschaft. Da vermutlich auch die Politik Bescheid wusste, hat die sogenannte „Labor-Affäre“ nun ein parlamentarisches Nachspiel. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dabei sollen die Hintergründe der Affäre um die Laborarztpraxis Schottdorf sowie die Rolle der Justiz und des zuständigen Ministeriums aufgeklärt werden. FREIE WÄHLER und Bündnis 90/Die Grünen haben sich darauf verständigt, den Untersuchungsausschuss noch vor der Sommerpause des Landtags einzuberufen.

Justizskandal um möglichen Abrechnungsbetrug

Im Jahr 2006 waren Beamte des bayerischen Landeskriminalamts (LKA) Ärzten auf der Spur, die sich des massenhaften Abrechnungsbetrugs schuldig gemacht haben sollen. Rund 10.000 Mediziner sollen unter maßgeblicher Unterstützung des Augsburger Labor-Unternehmers Bernd Schottdorf Patienten und Krankenkassen um eine halbe Milliarde Euro geschädigt haben. Doch dieser vermutlich massenhafte Abrechnungsbetrug blieb ohne Folgen, da die Staatsanwaltschaft Augsburg die Verfahren einstellte oder verjähren ließ. Ein Staatsanwalt, der dem möglichen Erfinder des potenziellen Abrechnungsbetrugs half, wurde nicht wegen Rechtsbeugung angeklagt. Er hatte zwei Ermittlungsverfahren gegen den Großlaborbetreiber und CSU-Spender Schottdorf eingestellt. Außerdem soll die Staatsanwaltschaft Augsburg jüngsten Medienberichten zufolge die Vernichtung von 600.000 Laborkarten zugelassen haben, die zuvor als Beweismittel beschlagnahmt worden waren. Laut einem bayerischen Ermittler seien die Karten `essentiell´ gewesen, weil man über sie hätte feststellen können, welche Ärzte ihre Leistung falsch abgerechnet haben.

Dieser Umgang mit möglichen Beweismitteln ist äußerst bedenklich. Auch die Vorgehensweise der Justiz gegen mehrere Beamte des LKA, die gegen das mutmaßliche Ärztekartell ermitteln wollten, wirft viele Fragen auf. So wurde gegen die Ermittler selbst ermittelt. Offenbar sollten sie eingeschüchtert werden werden, weil sie bei ihren Nachforschungen zu unerwünschten Ergebnissen kamen.

Wenn sich herausstellt, dass Beamte von ihren Vorgesetzten nicht nur im Stich gelassen wurden, sondern ihre Ermittlungen aktiv behindert und Verfahren vorsätzlich eingestellt wurden, dann erschüttert dies nicht nur das Vertrauen der Bürger in die Justiz, sondern auch das Vertrauen der Polizeibeamten in ihren Dienstherren.

Staatsregierung provoziert Untersuchungsausschuss

Inzwischen richtet sich das Augenmerk auch auf die Rolle des CSU-Bundestagsabgeordneten und Schottdorf-Anwaltes Dr. Peter Gauweiler. Wir FREIE WÄHLER wollen von der Staatsregierung genau wissen, welche Auswirkungen der ‚Fingerzeig‘ Gauweilers in dem Schreiben an den Präsidenten des LKA, die Staatsanwaltschaft München I und die 7. Strafkammer des Landgerichtes München I hatte. Falls hier versucht wurde, die Ermittlungen der Polizei zu behindern oder gar zu unterbinden und auf die Justiz Einfluss genommen wurde, wäre das ein in dieser Dimension noch nie dagewesener Skandal.

Besonders erschreckend ist, wer alles von der Labor-Affäre wusste. Ministerpräsident Seehofer waren die Augsburger Vorgänge spätestens seit 2010 bekannt. Auch die ehemalige Justiz- und jetzige Europaministerin Dr. Merk wusste Bescheid. Dennoch hat die Justiz am am 22. Mai diesen Jahres die massiven Vorwürfe im Fall Schottdorf zurückgewiesen. Justizministerium, Generalstaatsanwaltschaft München und die Leiter der Staatsanwaltschaften in München und Augsburg nahmen im Rechtsausschuss des Landtags Stellung. Aus Sicht der Staatsregierung sind die Taten mittlerweile verjährt, weil angeblich die „Aufklärer in den Behörden“ versagt haben sollen.

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER sind die Verflechtungen zu groß, als dass eine objektive Aufklärung seitens der Staatsregierung noch vorstellbar ist. Zudem muss dringend geklärt werden, warum und auf wessen Weisung Hunderte von Verfahren eingestellt wurden, obwohl ein Pilotprozess, in dem ein Münchner Arzt 2012 verurteilt wurde, vor dem erfolgreichen Abschluss stand. Da die Staatsregierung auf unsere drängenden Fragen bisher keine Antworten liefert, wird jetzt ein Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel bringen. ■

„Das sind Abgründe, die sich hier auftun. Spätestens jetzt müsste jedem klar sein, dass sich so schwerwiegende Vorwürfe nur mit einem Untersuchungsausschuss aufklären lassen.“

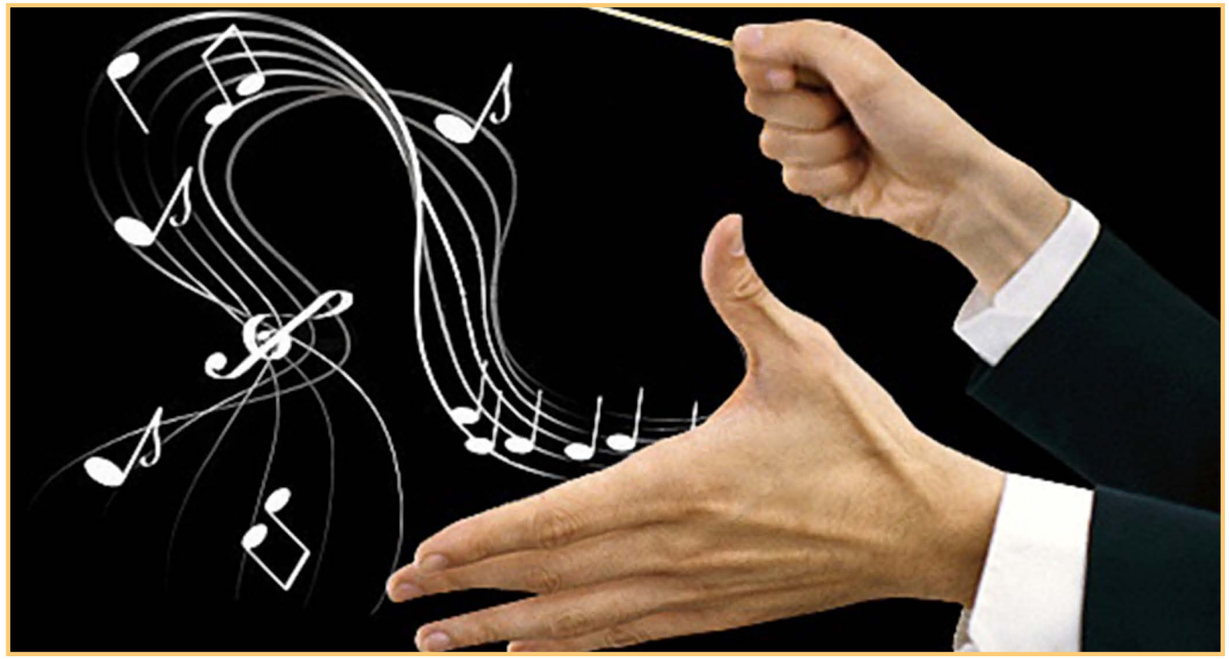
Florian Streibl MdL (Oberammergau)
Parlamentarischer Geschäftsführer, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2665
E-Mail: Florian.Streibl@fw-landtag.de

RADIO-DEBATTE UM „PULS“ UND „BR-KLASSIK“:

FREIE WÄHLER WOLLEN GESETZ GEGEN BR-„WELLENTAUSCH“

Es ist ein Vorhaben, das polarisiert: Der Bayerische Rundfunk (BR) plant, die analoge Verbreitung seines Programms „BR-Klassik“ einzustellen und die frei werdenden UKW-Frequenzen der bislang nur digital sendenden Jugendwelle „PULS“ zur Verfügung zu stellen. Der BR sieht darin die einzige Möglichkeit, einem „drohenden Generationenabriss“ entgegenzutreten und mehr junge Hörer zu gewinnen.
Über das Wohl und Wehe des Plans streiten sich nicht nur die Fans verschiedener Musikrichtungen, BR und Privatfunkanbieter, sondern auch die Rechtsexperten. Inzwischen liegen mehrere Gutachten zur rechtlichen Zulässigkeit des geplanten Frequenztausches vor. Sie kommen aber zu unterschiedlichen Ergebnissen. Ursache hierfür ist, dass der BR seine Pläne auf eine Erlaubnis im Bayerischen Rundfunkgesetz stützt, die nicht nur in sich widersprüchlich ist; sie verstößt auch gegen Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags der Länder.



Alexander Muthmann MdL (Freyung)
Sprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung,
Mitglied des Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen,
Mitglied des Rundfunkrats

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2984
E-Mail: Alexander.Muthmann@fw-landtag.de

Prof. Dr. Michael Piazolo MdL (München)
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst,
hochschulpolitischer Sprecher, medienpolitischer Sprecher,
Mitglied des Medienrats

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2054
E-Mail: Michael.Piazolo@fw-landtag.de

FREIE WÄHLER für Änderung des Rundfunkgesetzes

Diese Widersprüche müssen durch eine Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes beseitigt werden. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, der die strittigen Bestimmungen an den Rundfunkstaatsvertrag anpasst. Durch diese Änderung würde der geplante Frequenztausch unzulässig.

Die Entscheidung für diese Initiative haben wir uns nicht leicht gemacht. Der BR muss seine Programme und die Verbreitungstechnik an neue Herausforderungen anpassen können, um seinem verfassungsmäßigen Auftrag gerecht zu werden. Dazu stehen wir. Im Rundfunkstaatsvertrag haben die Länder aber in technischer Hinsicht ein klares Ziel vorgegeben: Die Digitalisierung des Hörfunks soll vorangetrieben und analoge Programme sollen schrittweise auf digitale Verbreitung umgestellt werden. Den umgekehrten Weg von digitaler zu analoger Ausstrahlung haben die Länder dagegen ausdrücklich verboten. Für den Digitalsender „PULS“ führt damit kein legaler Weg zur analogen Verbreitung über UKW. Trotz dieser Einschränkung bietet der Rundfunkstaatsvertrag allen Landesrundfunkanstalten sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten. Wir glauben deshalb nicht, dass ein gegen den Staatsvertrag verstoßender Frequenztausch zwischen „BR-Klassik“ und „PULS“ die alternativlos einzige Möglichkeit sein sollte, das Angebot des Bayerischen Rundfunks für junge Hörer zu stärken.

„BR-Klassik“ soll seinen angestammten Sendeplatz behalten

Hinzu kommt, dass nach unserer Ansicht die möglichen Auswirkungen eines Frequenztausches von „PULS“ und „BR-Klassik“ noch nicht ausreichend geklärt sind. Eine frequenzstarke UKW-Ausstrahlung von „PULS“ könnte das empfindliche Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Hörfunk gefährden. Hiervon wären sowohl private Jugend- als auch Lokalsender betroffen, die wesentlich zur Medienvielfalt beitragen. Es muss genau geprüft werden, ob man jungen Leuten mit der Frequenzumstellung nicht einen Bärendienst erweist.

„Die vom Bayerischen Musikrat gesammelten 60.000 Unterschriften für den Erhalt des Radiosenders ‚BR-Klassik‘ auf UKW untermauern unsere Forderung nach einem Verbleib der anspruchsvollen Hörfunkwelle auf ihren angestammten Frequenzen. Ich bitte BR-Intendant Ulrich Wilhelm, von den umstrittenen Plänen Abstand zu nehmen und zumindest die von den FREIEN WÄHLERN angestrebte Bereinigung der bisher unklaren Rechtslage abzuwarten. Einen Frequenztausch von BR-Klassik und der BR-Jugendwelle ‚PULS‘ nach Basta-Methodik lehnen wir ab.“

Prof. Dr. Michael Piazolo MdL

Außerdem wäre es angesichts der noch bestehenden weißen Flecken im digitalen Sendernetz Bayerns und der geringen Verbreitung digitaler Empfangsgeräte nicht fair, die analoge Verbreitung von „BR-Klassik“ einzustellen. Dabei geht es nicht um die Frage, wie viele Hörer BR-Klassik verliert, sondern wie viele Personen ihren Lieblingssender nicht mehr hören können. Ihre Interessen wiegen genauso schwer wie der Wunsch junger Hörer nach einem attraktiven Radioprogramm für die U30er. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass über diese Alternativen offen diskutiert und eine Lösung gefunden wird, die beiden Fangemeinden und dem zentralen Gebot der Medienvielfalt gerecht wird. ■

Dr. Leopold Herz MdL (Wertach)
Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2926 / E-Mail: Leopold.Herz@fw-landtag.de

DR. LEOPOLD HERZ

VIER FRAGEN ZUR ZUKUNFT DER AGRARPOLITIK

Dr. Leopold Herz ist studierter Landwirt aus Wertach im Allgäu und vertritt seit 2008 seine Heimat im Bayerischen Landtag. Dort ist er Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Herr Dr. Herz, was kann getan werden, um nach dem Ende der Milchquote im März 2015 die Milchbauern vor einem neuerlichen Preisverfall zu bewahren?

Auf jeden Fall jetzt schon Maßnahmen vorbereiten, um im Bedarfsfall rechtzeitig gegensteuern zu können. Denn mit der Abschaffung der Quote und damit dem Schritt in eine mehr oder weniger freie Marktwirtschaft verbinden sich Chancen, aber auch große Risiken. Nach der Quote darf jeder Landwirt theoretisch so viel Milch produzieren wie er will und kann. Die zentralen Fragen sind nun: Wie wird sich dadurch die Milchmenge verändern? Wie wird sich der Preis verändern? Und wie wird sich der Preis zu den eigenen Produktionskosten verhalten? Schon heute haben Mengenschwankungen von nur einem oder zwei Prozent deutliche Auswirkungen auf den Preis!

Nicht einfacher wird die Situation der Milchbauern auch dadurch, dass der Milchmarkt zwar liberalisiert, aber der Prozess der Preisgestaltung von marktwirtschaftlichen Mechanismen abweicht. Ein Unternehmer kalkuliert seine Kosten, schlägt einen Gewinn auf und macht ein Angebot. Bei der Milch geht das anders: Die Molkerei vereinbart mit dem Handel einen Preis, zieht dann ihre Kosten ab – und was übrig bleibt, erhält der Landwirt. Die Preisgestaltung funktioniert von oben nach unten. Erst bestimmt der Handel, dann die Molkerei. Dem Landwirt bleibt nur, seine Kosten zu senken. Neben der Quotenfrage gibt es noch einen weiteren für die Milchbauern entscheidenden Faktor: Das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen mit den USA. Zölle und Handelsbeschränkungen würden mit seinem Inkrafttreten fallen. Dann können die USA Milchpulver auf den europäischen Markt schleudern. Da fragt keiner nach Hormonbehandlung der Milchkühe oder gentechnisch verändertem Futter. Wir FREIE WÄHLER lehnen dieses Freihandelsabkommen ab.

Bleibt der letzte Faktor im komplizierten Gefüge: der Verbraucher. Er ist es gewohnt, für einen Liter Milch weniger zu bezahlen als für einen Liter Cola. Lebensmittel waren in Deutschland noch nie so gut und billig wie heute! Gerade einmal zehn Prozent des Einkommens werden für Grundnahrungsmittel ausgegeben – weniger als in jedem anderen Land der EU.

Also wird der Druck auf die Milchbauern weiter wachsen?

So oder so! Wir FREIE WÄHLER stehen zur bewährten Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern. Diese Struktur prägt unsere Kulturlandschaft und sichert deren dauerhaften Erhalt. Deshalb müssen diese Fragen im konstruktiven Dialog mit allen zuständigen Organisationen erörtert werden. Eine mögliche Maßnahme könnte die Einrichtung von sogenannten Monitoring-Stellen zur Beobachtung des Marktes sein. Sinken die Erzeugerpreise unter einen bestimmten Mindestpreis, könnten Stützungsmaßnahmen von EU oder den Nationalstaaten greifen und die Bauern vor einem ruinösen Preisverfall bewahren. Auf der Milchkonferenz im November 2012 hatte Dacian Ciolos die Schaffung einer Monitoring-Stelle angekündigt, Mitte April 2014 wurde sie von der EU-Kommission vorgestellt. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung!

Und wie soll es mit den Direktzahlungen weitergehen?

Sie sollten auf jeden Fall bleiben, solange die Betriebe kein ausreichendes Einkommen über den reinen Markt erzielen können. Die Umschichtung von der 1. in die 2. Säule sollte unterbleiben, solange nicht sichergestellt ist, dass dadurch eine Einkommensverbesserung bei den Bauern erzielt wird. Besonders wichtig ist dabei Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Wie sähe die ideale Agrarpolitik aus?

Ich würde diese Frage sehr gerne beantworten. Doch gleicht die Antwort – marktgerechte Preise für die Erzeuger, damit sie auch von ihrer Arbeit leben können – der Suche nach einem rosaroten Elefanten. Worauf es wirklich ankommt ist, möglichst viele Betriebe zu erhalten. Seit über 40 Jahren habe ich mit agrarpolitischen Fragen zu tun. Dabei habe ich gelernt, dass dies nur gelingt, wenn man immer wieder zu vielen kleinen Schritten und ebenso vielen Kompromissen bereit ist. ■

Das Gespräch führte Dr. Werner Brecht.

NEUE STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES INNENAUSSCHUSSES.

Eva Gottstein
ist in Nachfolge von Tanja Schweiger als stellvertretende Vorsitzende des Landtagsausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport benannt worden.

1 IST MIR WICHTIG: LEBENDIGE UND LEISTUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Kommunalpolitik braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Eva Gottstein

Gute Entscheidungen fallen vor Ort, wo die Mandatsträger noch in direktem Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen. Deshalb setze ich mich vor allem für die Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen ein, weil dort Demokratie lebendig wird. Grundvoraussetzungen für ein stabiles Gemeinwesen sind auch die Gewährleistung der Inneren Sicherheit, der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und bestmögliche Rahmenbedingungen für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz. Was ist Ihnen wichtig? Sprechen Sie mit mir oder informieren Sie sich auf www.fw-landtag.de

Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2985
E-Mail: Eva.Gottstein@fw-landtag.de

WIEDER MITGLIED DER FRAKTION.

Joachim Hanisch
kehrt als Nachrücker in den Bayerischen Landtag zurück. Die Neubesetzung war erforderlich geworden, nachdem Schweiger im März bei der Kommunalwahl zur Landrätin des Landkreises Regensburg gewählt worden war.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Den ländlichen Raum stärken

Joachim Hanisch

Sachlichkeit stand und steht bei meiner politischen Tätigkeit im Vordergrund. Als erfahrener Kommunalpolitiker liegt mir die Finanzsituation der Kommunen am Herzen. Ich möchte für mehr kommunalen Sachverstand, für den Erhalt der Grundversorgung in kleiner werdenden Städten und Gemeinden und auch für mehr Bürgerverbundenheit im Landtag sorgen. Meine politische Aufgabe sehe ich darin, die Koordination der Politik für den ländlichen Raum zu verbessern. Demografischer Wandel und unterschiedliche Wirtschaftskraft der Regionen dürfen nicht dazu führen, dass strukturschwache Gebiete immer weiter abgehängt werden. Was ist Ihnen wichtig? Sprechen Sie mit mir oder informieren Sie sich auf www.fw-landtag.de.

Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2985
E-Mail: Joachim.Hanisch@fw-landtag.de

1 IST MIR WICHTIG: BÜRGERNÄHE IST PRAKTISCHE POLITIK

„Ökonomisches Denken ist wichtig. Aber es darf nicht zur Einschränkung der Persönlichkeitsentwicklung führen. Bildung braucht Zeit.“

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

IM GESPRÄCH MIT GÜNTHER FELBINGER

Herr Felbinger, seit Herbst 2011 sind Sie bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und leiten den Arbeitskreis Bildung und Wissenschaft. Außerdem sind Sie Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultus des Bayerischen Landtags.

Was sind die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Eines möchte ich vorausschicken: Bei meiner politischen Arbeit gelten für mich die Grundsätze der Unabhängigkeit, der Bürgernähe und der Ehrlichkeit. Entscheidungen in München müssen mit Verstand UND Herz getroffen werden. Besonders wichtig ist mir: Politik muss von den Menschen bestimmt werden – dafür engagiere ich mich!

Auf meiner politischen Agenda stehen zahlreiche Themen – von der Förderung der Lebens – und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum über die Verbesserung der Verkehrsanbindungen auf Straße und Schiene bis zum Eintreten für die Energiewende.

Im bildungspolitischen Bereich bringe ich aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit als Lehrer einen großen Erfahrungsschatz im Arbeitskreis “Bildung und Hochschule” ein. Besonders deutlich geworden ist mir, dass die Einführung des achtjährigen Gymnasiums, das sogenannte G8, unter dem damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber überstürzt und ohne Konzept erfolgte. Ausschlaggebend waren damals rein ökonomische Gründe. An die Folgen, insbesondere die Nachteile für die persönliche Entwicklung der Schüler, aber auch an viele andere Dinge wie beispielsweise die Verarmung des Vereinslebens in den Kommunen und das zurückgehende Interesse für freiwilliges und ehrenamtliches soziales Handeln, hat damals niemand gedacht.

Ausschließlich wirtschaftlich begründet ist auch die Aufgabe mehrerer Schulstandorte im Landkreis Main-Spessart in den vergangenen Jahren. Hier muss der Staatsregierung Einhalt geboten werden: Die Schulpolitik sollte sich an den durch den Rückgang der Schülerzahlen gekennzeichneten Besonderheiten im ländlichen Raum und nicht nur an rein ökonomischen Gesichtspunkten orientieren. Der Erhalt möglichst aller Grundschul- und Mittelschulstandorte ist für das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben der Gemeinden von höchster Bedeutung. Denn Identität und Heimatverbundenheit entstehen nicht zuletzt durch einen starken Bezug zum Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Situation der Schüler konkret zu verbessern?

Wie gerade gesagt sollten Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, nach Möglichkeit erhalten bleiben, auch wenn dann die Klassen vielleicht nur noch 18 statt bis zu 32 Schüler groß sind. So würden lange Fahrtzeiten entfallen und mehr Freiraum für sinnvolle außerschulische Aktivitäten vorhanden sein.

Das gleiche gilt für die Einführung eines modernisierten G9: Der Nachmittagsunterricht würde entfallen, das bedeutet mehr Zeit für Sport und Hobbys. Der persönlichen Entwicklung würde einfach mehr Raum gegeben, die Schüler würden mit dem Abitur – der Reifeprüfung – tatsächlich die Reife für ein eigenständiges, selbstverantwortliches Leben erlangen. Das schließt übrigens auch die Reife für ein selbständiges Universitäts- oder Fachhochschulstudium ein. Heute ist es ja überspitzt gesagt häufig so, dass die Eltern ihre studierenden Kinder in die Hörsäle begleiten müssen.

„Nur das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER garantiert, dass es in Bayern eine neunjährige Gymnasialzeit geben wird. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger durch ihre Unterschrift unser Volksbegehren unterstützen. Die Einschreibungsphase läuft vom 3. bis 16. Juli 2014.“

Sie halten die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Unterrichtsjahre für eine misslungene Schulreform. Warum wird es Schülern nicht gerecht? Vielleicht können Sie das an Beispielen erläutern.

Das Gymnasium hat die besondere Aufgabe, eine Bildung zu vermitteln, die zu einem Universitäts- bzw. Hochschulstudium befähigt. Es geht also am Gymnasium um Lerninhalte, die anspruchsvoll sind und die in besonderer Weise Zeit zur Vertiefung benötigen. Zehn Jahre G8 in Bayern haben trotz aller Korrekturen gezeigt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, diese Studierfähigkeit am Gymnasium problemlos in acht Jahren zu erreichen. Durch die zeitliche Komprimierung haben sich die Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler im G8 erhöht und es findet nicht bei jedem einzelnen eine vertiefte Auseinandersetzung mit einer unterrichtlichen Fragestellung statt. Diese individuellen Problemlösungsstrategien sind es aber, die die Persönlichkeit stärken und herausbilden. Viele Schülerinnen und Schüler brauchen deshalb Zeit, um verstärkt diese Kompetenzen zu entwickeln.

Schüler am G8 haben meist mehr Lernstress und weniger Zeit für Ihre Persönlichkeitsentwicklung und für Erholung. Die Kinder finden auch kaum noch Zeit für Sport und Musik oder für die wichtige soziale Mitarbeit in Jugendgruppen, in der Feuerwehr und in den unzähligen Vereinen, die umgekehrt auf Nachwuchs angewiesen sind.

Also wurde das G8 überstürzt eingeführt?

Das G8 wurde 2003 von CSU-Ministerpräsident Stoiber ohne Vorwarnung aufs Gleis gesetzt und zum Schuljahr 2004/05 von der CSU ohne Konzept eingeführt. Die Verkürzung der Schulzeit sollte in erster Linie die bayerischen Hochschulabsolventen mit Blick auf ihr Berufseintrittsalter wettbewerbsfähiger machen. Die Kürzung der Ausbildungszeiten sollte zudem die Lebensarbeitszeit verlängern und so die sozialen Sicherungssysteme entlasten. Diese rein ökonomische Betrachtung ist aus meiner Sicht ein entscheidender Fehler gewesen. Die überstürzte und schlecht gemachte Einführung des G8 wurde ohne Rücksicht auf Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern umgesetzt und hat dazu geführt, dass das G8 bis heute nicht zur Ruhe gekommen ist.

Haben Sie den Eindruck, dass durch die Belastungen beim G8 weniger Kinder und Jugendliche in Sportvereinen sind? Überhaupt: Wie verträgt sich das Turbo-Abi mit dem ehrenamtlichen Einsatz der Gymnasiasten?

Bayern lebt in besonderer Weise vom Engagement der Menschen. Die Bayern identifizieren sich mit ihrer Region und ihrem Bundesland. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der ausgeprägten Vereinslandschaft und dem Ehrenamt vor Ort. Freiwillige Feuerwehr, Blaskapelle, Schützen- oder Fußballverein sind im Bewusstsein der Menschen fest verankert. Seit der Einführung des G8 klagen die Vereine jedoch über Probleme bei der Gewinnung von Nachwuchs. Das neunstufige Gymnasium würde den schulischen Alltag entzerren, weniger Nachmittagsunterricht bringen und somit Zeit für außerschulische Aktivitäten im Verein oder Ehrenamt ermöglichen.

Sie wollen der Schulfamilie (Schüler, Eltern und Lehrer) in der wichtigen Frage „G9 oder G8“ eine echte Wahlmöglichkeit bieten. Wie kann das in der Praxis umgesetzt werden?

Im Vergleich zum gescheiterten „Flexijahr“ der Staatsregierung ist die Wahlfreiheit zwischen G9 und G8 wesentlich leichter zu organisieren, da mehr Schülerinnen und Schüler betroffen sein werden und in Klassenstärke unterrichtet werden können. 85 Prozent der bayerischen Oberschüler gehen auf ein vierzügiges Gymnasium. An diesen Schulen könnte eine Parallelführung ohne Probleme umgesetzt werden. Zudem haben Schulversuche vor der Einführung des G8 gezeigt, dass ein paralleles Angebot von G9 und G8 sehr wohl möglich ist. Die Erfahrungen aus Baden-Württemberg und Hessen zeigen, dass sich über 90 Prozent der Schüler ohnehin für das G9 entscheiden. In der Praxis wird das G8 kaum nachgefragt und könnte zum Auslaufmodell werden.

Eine generelle Rückkehr zu G9 sehen Sie nicht?

Lassen Sie doch den Gymnasien in Absprache mit Eltern und Schülern die Wahl, die aus ihrer Sicht beste Schulform für ihre Kinder zu wählen. Es gibt ja auch einen kleinen Anteil an Schülern, die mit dem G8 sehr gut klarkommen. Warum also nicht beide Möglichkeiten, G8 und G9, parallel anbieten? Die Wahlfreiheit ist der Garant dafür, dass nicht nochmal alles übers Knie gebrochen wird, wie damals bei Stoiber. Und wer nach unserem erfolgreichen Volksbegehren eine noch bessere Alternative anbieten kann als wir, kann sie diese ja beim Volksentscheid unserem Vorschlag entgegensetzen. Nur das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER garantiert, dass es in Bayern eine neunjährige Gymnasialzeit geben wird. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger durch ihre Unterschrift unser Volksbegehren unterstützen. Die Einschreibungsphase läuft vom 3. bis 16. Juli 2014.

Was hat die Staatsregierung unternommen, seit die FREIEN WÄHLER das Volksbegehren zum G9 angekündigt haben und wer sind die Unterstützer?

Die Staatsregierung wehrt sich weiterhin gegen einen Parallelbetrieb von G8 und G9. Dennoch fand unter der Leitung von Kultusminister Spaenle Mitte Mai ein „Dialogforum“ statt, an dem die Spitzen aller relevanten Verbände – von den Lehrern über die Eltern bis zu den Schülern – sowie Vertreter von Wirtschaft, Hochschulen, Kirchen und Kommunen teilnahmen. Ein zweites solches Forum ist für den 21. Juli geplant. Daran anschließend will sich Spaenle auf ein Modell für die künftige Dauer des Gymnasiums festlegen. Auffallend ist an diesem zweiten Termin natürlich, dass dieser wenige Tage nach Ende des Volksbegehrens am 16. Juli stattfinden soll. Spaenle will also abwarten, ob das Volksbegehren erfolgreich sein wird und wird dann, je nach Ausgang, entscheiden. Deshalb ist es umso nötiger, dass das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER erfolgreich abschneidet und sich am bayerischen Gymnasium tatsächlich etwas bewegt.

Inzwischen erhalten wir mit unserem Volksbegehren breite Unterstützung aus dem Bildungsbereich. So brach zunächst der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) den Bann und signalisierte seine Unterstützung für das Volksbegehren. Zuletzt sprach sich auch das „Forum Bildungspolitik“, dem 46 Bildungsverbände angehören, pro Volksbegehren aus.

So ist durch unser Volksbegehren Bewegung in die Debatte gekommen. Und das ist gut so. Denn nur ein erfolgreiches Volksbegehren öffnet den Weg zum G9, eröffnet den Wettbewerb der besten Ideen, verpflichtet Politiker zu handeln und hilft, eine gemeinsame Lösung zu finden. ■

Das Gespräch führte
Dr. Werner Brecht

Seit 2009 engagieren sich zwölf ehrenamtliche Mitarbeiter im Besuchsdienst des Vitalis Wohnpark Ansbach. Einmal pro Woche begleiten sie einen oder mehrere Bewohner bei Spaziergängen, führen Gespräche, pflegen das gemeinsame Singen oder sind einfach nur da. Zu einer schönen Tradition hat sich die monatliche Märchenstunde entwickelt, zu der alle Bewohner eingeladen sind. Ebenfalls einmal monatlich trifft sich die Handarbeitsgruppe. Neue Felder ehrenamtlicher Arbeit sind die tiergestützte Therapie und das Gedächtnistraining mit der Wii-Konsole.

EHRENAMT

DIESE PROJEKTE HABE ICH AUSGESUCHT:

… die Freiwilligenagentur Sonnenzeit e.V. Ansbach und den Vitalis Wohnpark in Ansbach.

WARUM ICH MICH FÜR DIESE PROJEKTE ENTSCHIEDEN HABE:

… um direkt vor Ort die Probleme der Menschen im Pflegebereich zu erfahren.

GELERNT HABE ICH:

… wie man für Bewohner, Pflegende und Angehörige ein soziales und menschliches Umfeld schaffen kann.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… ein neues Konzept, welches das Ehrenamt in die gesamte Ausbildung einbezieht, beginnend vom Kindesalter. Außerdem bedarf es mehr öffentlicher Beachtung und Würdigung, begleitet durch breite Unterstützung von allen gesellschaftlichen Gruppierungen.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… die überaus engagierte und herzliche Betreuung, verbunden mit einer würdevollen und selbstständigen Lebensweise aller Bewohner.

DANK dem Ehrenamt! FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2932
E-Mail: Peter.Bauer@fw-landtag.de

Ein Tag in der Fahrradwerkstatt: „Am Ehrenamtstag der FREIEN WÄHLER wollen wir Politiker mit anpacken“, erklärt der Landtagsabgeordnete Dr. Hans Jürgen Fahn. Auf Initiative der Landtagsfraktion besuchten Fraktionsmitglieder in jedem der sieben Regierungsbezirke entsprechende Betriebe, Einrichtungen und Projekte. Selbst Hand anlegen war dabei Ehrensache.
In der seit 1984 bestehenden Fahrradwerkstatt des Erthal-Sozialwerks im Würzburger Stadtteil Sanderau arbeiten 25 Menschen. Die sozialpsychiatrische Einrichtung will dazu beitragen, psychisch kranken oder behinderten Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT HABE ICH AUSGESUCHT:

… die Fahrradwerkstatt des Erthal-Sozialwerks in Würzburg.

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil die Inklusion behinderter Menschen ein bedeutendes Thema unserer Zeit ist.

GELERNT HABE ICH:

… dass Einrichtungen dieser Art Menschen mit Einschränkungen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… dass vorhandene Strukturen überdacht werden müssen, die mit Inklusion zu tun haben.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… die Anerkennung am Arbeitsplatz, die Teamarbeit, das Miteinander und die sinnvolle Produktion und Beschäftigung der Menschen.

DANK dem Ehrenamt! FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Dr. Hans Jürgen Fahn
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2986
E-Mail: Hans-Juergen.Fahn@fw-landtag.de

Pünktlich um 7 Uhr trat der bildungspolitische Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Günther Felbinger, seinen Dienst bei der Schweinfurter Kindertafel an, um gemeinsam mit fünf ehrenamtlichen Helfern die Frühstücksbrote für Kinder an 16 Schweinfurter Schulen vorzubereiten. Seit 2009 versorgt die Kindertafel täglich etwa 190 Kinder, die meist aus sozial schwachen Familien stammen und mit leerem Magen in die Schule kommen, mit einem kostenlosen Frühstück.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT HABE ICH AUSGESUCHT:

… die Kindertafel in Schweinfurt.

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil die Kindertafel eine unglaublich wichtige Einrichtung ist, die ich seit Jahren als Schirmherr begleite.

GELERNT HABE ICH:

… dass ohne den Einsatz ehrenamtlicher Helfer viele Kinder hungrig im Unterricht sitzen würden.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… noch mehr freiwillige Helfer.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… wie professionell hier gearbeitet wird und wie gut der Zeitplan vom Belegen der Brote bis zur Auslieferung in die Schulen funktioniert hat.

DANK dem Ehrenamt! FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Günther Felbinger
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2938
E-Mail: Guenther.Felbinger@fw-landtag.de

In Deutschland gibt es Lebensmittel im Überfluss – und dennoch herrscht bei vielen Menschen Mangel. Die Tafeln bemühen sich um einen Ausgleich: Sie sammeln „überschüssige“, aber qualitativ einwandfreie Lebensmittel, und geben diese an Bedürftige weiter. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, Spender und Sponsoren machen es möglich. Bei seinem Besuch bei der Freyunger Tafel zeigte sich Alexander Muthmann begeistert vom Engagement der insgesamt 37 Helfer, die in Freyung seit November 2009 dafür sorgen, dass jeden Mittwoch etwa 60 Menschen Lebensmittel abholen können.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT HABE ICH AUSGESUCHT:

… die Freyunger Tafel.

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil ich schon häufig in Einrichtungen war, in denen behinderte Menschen betreut wurden und ich dadurch ehrenamtliche Arbeit kenne. Nachdem es im Landkreis Freyung-Grafenau mittlerweile drei Tafeln gibt, habe ich mich für eine entschieden.

GELERNT HABE ICH:

… dass unsere Gesellschaft ehrenamtlich Tätige nicht nur im Pflege-, Gesundheits- oder Jugendbereich braucht, sondern auch dort, wo es an für die meisten von uns selbstverständlichen Dingen mangelt: Lebensmitteln. Es gibt viele Menschen, die um jede Lebensmittelspende froh sind. Daran sollten wir häufiger denken, wenn wir selbst im Überfluss leben.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… dass der ehrenamtliche Einsatz weiterhin so gewürdigt wird. Allerdings müssen wir versuchen, mehr junge Menschen für das Ehrenamt zu begeistern und sie von der Notwendigkeit dieser Arbeit überzeugen.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… die Freude der Helfer, die Woche für Woche eine großartige Arbeit leisten. Dank dieser Einrichtung können wöchentlich 60 Menschen mit Lebensmitteln versorgt werden.

DANK dem Ehrenamt!
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Alexander Muthmann
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2984
E-Mail: Alexander.Muthmann@fw-landtag.de

LOB UND DANK DEM EHRENAMT

PARLAMENTARISCHER ABEND DER FREIEN WÄHLER IM LANDTAG

Die FREIEN WÄHLER wollen das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen fördern. Doch das G8 hat dem Ehrenamt geschadet, weil kaum noch Zeit für außerschulische Aktivitäten bleibt. In diesem Sinne erinnerten die Abgeordneten an die Bedeutung des Volksbegehrens „Bildung braucht Zeit! Volksbegehren G9“ für das Ehrenamt. Die Eintragung beginnt am 3. Juli. Bitte unterzeichnen auch Sie. Nähere Informationen finden Sie unter **www.volksbegehren-g9.de**

Rund 3,6 Millionen Menschen in Bayern engagierten sich im Ehrenamt. Dies ist im bundesweiten Vergleich ein Spitzenplatz. Traditionell machen sich die FREIEN WÄHLER für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement stark.

Unser Foto zeigt von links die Abgeordneten Thorsten Glauber, Ulrike Müller, Benno Zierer, Nikolaus Kraus, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn und Eva Gottstein.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, mit dem die Freistellung für Jugendarbeit flexibler gestaltet werden soll. Ehrenamtliche Berufstätige sollen Freistellungen nicht nur blockweise und ganztägig, sondern auch stundenweise beantragen können. Das Freistellungsgesetz soll erneuert werden und auch Schüler und Studenten einbeziehen.

Der Freistaat hat auf Initiative der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion als erstes Bundesland die Förderung des Ehrenamts in die Verfassung aufgenommen. Mit dieser Änderung, die am 1. Januar 2014 in Kraft trat, erhält das bürgerschaftliche Engagement eine neue Bedeutung. „Dieser Pionierstatus zeichnet aber nicht nur aus, er verpflichtet auch zu einem richtungsweisenden Handeln“, erklärt Gabi Schmidt, MdL und sozialpolitische Fraktionssprecherin. Bürgerschaftliches Engagement sei eine freiwillige, gemeinwohlorientierte Tätigkeit, die von der Politik nicht verordnet werden könne. „Allerdings kann und muss die Politik das Ehrenamt tatkräftig unterstützen, auch finanziell“, ergänzt Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL und Mitglied am Runden Tisch Ehrenamt.

Ehrenamtliche bringen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Hingabe in die Gesellschaft ein. „Sie sind somit ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Städte und Gemeinden“, stellt Eva Gottstein, MdL und jugendpolitische Fraktionssprecherin, fest: „Dafür verdienen sie Lob, Anerkennung und Dank.“

Unser Foto zeigt von links:
Eva Gottstein MdL; Alfons Weinzierl, Vorsitzender Landesfeuerwehrverband Bayern; Raphael Kießling, Leiter Freiwilligenagentur GemeinSinn; Dr. Hans Jürgen Fahn MdL; Prof. Dr. Doris Rosenkranz, Technische Hochschule Nürnberg; Martin Holzner, Bayerischer Jugendring; Gabi Schmidt MdL und Dr. Thomas Röbke, Geschäftsführer Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Unter dem Motto „Dank dem Ehrenamt“ hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion am 16. Mai zum Parlamentarischen Abend in den Bayerischen Landtag geladen – und gekommen sind mehr als 350 Gäste. Dabei wollten die FREIEN WÄHLER nicht nur den Eifer der vielen Ehrenamtler in Bayern würdigen, sondern persönlich mit ihnen ins Gespräch kommen, deren Ideen und Forderungen aufnehmen und diese dann in der parlamentarischen Arbeit umsetzen. Es war ein toller Abend mit vielen interessanten Gästen und Gesprächspartnern. Sehen Sie unser Video:

www.youtube.comwatch?v=M3yNFVpYkgQ

Jetzt auch auf Facebook: Dank dem Ehrenamt
facebook.com/fwlandtagsfraktiondankdemehrenamt

FREIE WÄHLER SCHAFFEN DEN SPRUNG NACH EUROPA

ULRIKE MÜLLER ZIEHT ALS ABGEORDNETE INS EUROPAPARLAMENT EIN!

Nun können die FREIEN WÄHLER ihre über Jahre in Rathäusern und Kommunalparlamenten sowie im Bayerischen Landtag gesammelten Erfahrungen auch ins Europaparlament tragen. Ulrike Müller ist auf europäischer Ebene nicht alleine, denn die FREIEN WÄHLER sind bereits vor der Europawahl Mitglied der Europäischen Demokratischen Partei geworden, die im Europaparlament Teil der ALDE-Fraktion ist.

Schon beim Debut der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag im Jahr 2008 war Ulrike Müller dabei, 2013 wurde sie mit dem besten Ergebnis in Schwaben wieder in den Landtag gewählt. In der Fraktion ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie forst- und jagdpolitische Sprecherin und sitzt für die FREIEN WÄHLER im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Die aus Augsburg stammende Müller bewirtschaftet zusammen mit ihrer Familie einen Milchviehbetrieb im Allgäu. Agrarpolitik bezeichnet sie daher auch konsequenterweise als ihr politisches Steckenpferd. Um den wichtigen Kontakt zur Basis nicht abreißen zu lassen, koordiniert sie bayernweit das Projekt „Fraktion vor Ort“. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten der FREIEN WÄHLER besucht sie Brennpunkte im Freistaat, um aktuelle Themen mit Betroffenen und Interessierten zu besprechen.

Der Blick richtet sich nun verstärkt Richtung Europa, Richtung Brüssel und Straßburg. Ulrike Müller: „Das ist ein Meilenstein für die FREIEN WÄHLER. Jetzt heißt es schnell das Brüsseler Büro aufbauen und arbeitsfähig werden. Ich freue mich auf die neue Aufgabe, Europa im Sinne der Bürger und Regionen konstruktiv zu gestalten. Wir kritisieren bisherige Fehlentwicklungen, aber wir stehen für ein attraktives Europa und einen stabilen Euro als Ziel.“ Ein besonderes Anliegen ist ihr neben der Agrarpolitik der Bereich Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. ■

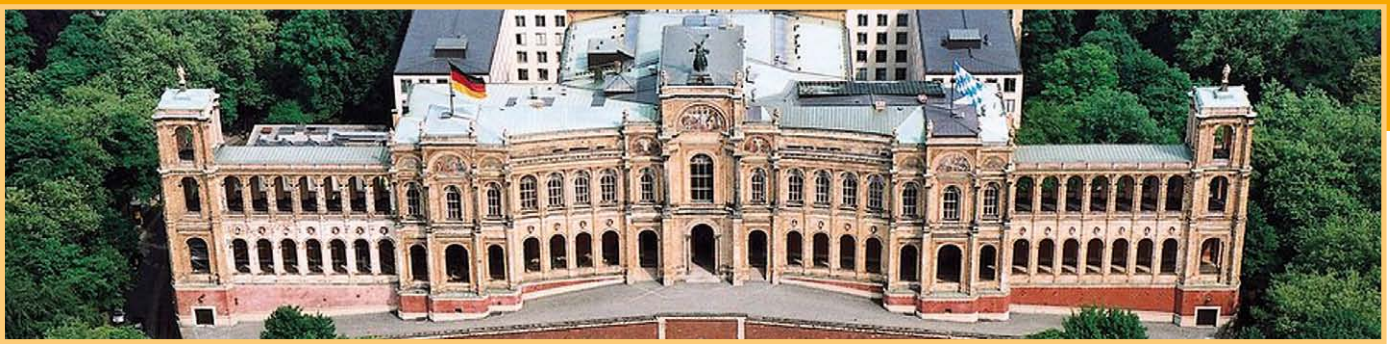
WAS SONST NOCH BEI DEN FREIEN WÄHLERN LOS WAR

Über 22.000 Unterschriften hat Bernhard Pohl MdL (dritter von links) mit den FREIEN WÄHLERN in Schwaben für die Petition „JA zur Energiewende. NEIN zur Kohlestrom-Autobahn durch Bayern!“ gesammelt und am 28. Mai im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin zusammen mit Vertretern weiterer Bürgerinitiativen übergeben.

Mittwoch, 4. Juni
In einem Antrag fordern die FREIEN WÄHLER eine Bestandsgarantie für alle Grundschulstandorte. Die Schließung einer Grundschule hinterlasse in einer Gemeinde eine große, nicht zu füllende Lücke, kritisierte Günther Felbinger, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für pädagogische und passgenaue Konzepte zum Erhalt von Klein- und Kleinstschulen ein. „Nur so können die Grundschulen vor Ort gestärkt und der Wegzug junger Familien verhindert werden. Für die Attraktivität der Kommunen ist das entscheidend“, so Felbinger.

Donnerstag, 22. Mai
Die CSU lehnte einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zum Bestandsschutz für Biogasanlagen im Wirtschaftsausschuss ab, mit dem im Rahmen der Reform des EEG der Vertrauensschutz für die Betreiber solcher Anlagen sichergestellt worden wäre. Thorsten Glauber, stellvertretender Vorsitzender und energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: „Damit nimmt die CSU billigend in Kauf, dass einige Betreiber nicht die zum Zeitpunkt ihrer Investition zugesagte Vergütung bekommen.“ Die Haltung der CSU sei praxisfremd. Auch bei der Erweiterung einer Biogasanlage könne sich der Zeitpunkt der Inbetriebnahme durch lange Genehmigungsverfahren oder technische Probleme stark verzögern. „Wie schon bei der Windkraft wird nun auch bei Biogasanlagen der Vertrauensschutz ausgehöhlt. Wer wird künftig noch investieren, wenn man ständig damit rechnen muss, dass die Politik einem Projekt die wirtschaftliche Grundlage entzieht?“, prangert Glauber an.

Mittwoch, 14. Mai
Fraktion vor Ort. Nach Überzeugung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gefährdet die geplante Reform des EEG die Existenz vieler Biogasanlagen. Um sich ein genaues Bild der Lage machen zu können, haben die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrike Müller sowie die mittelfränkische Abgeordnete Gabi Schmidt in Uehlfeld die Biogasanlage Wieland besichtigt und sich von den Betreibern über deren aktuelle Situation informieren lassen. Schmidt sagte, die FREIEN WÄHLER sähen „die Staatsregierung in der Pflicht, die EEG-Reform zu ändern, deshalb haben wir entsprechende Anträge in den Bayerischen Landtag eingebracht.“ Gerade Bayern sei stark betroffen, da hier besonders viele kleine Biogasanlagen in Betrieb sind. Das jetzige Gesetz komme einer Enteignung der Betreiber gleich. Die Situation in Uehlfeld sei typisch für die prekäre Lage der erneuerbaren Energien im Freistaat. Die Anlage sei eine der ersten in Bayern gewesen und später mehrfach erweitert worden – ihre Leistung wurde seitdem verdreifacht.



WAS-WANN-WO

18. Juli 2014	**Fraktion vor Ort in Obermichlbach** (Mittelfranken)
17. – 19. September 2014	**Herbstklausur in Kaufbeuren** (Schwaben)
19. – 22. September 2014	**Informationsstand der Landtagsfraktion auf der Messe „Chamlandschau“ in Cham** (Oberpfalz)

Impressum
Dirk Oberjasper, Pressesprecher und Leiter der Pressestelle
Idee, Konzept und Redaktion: Dr. Werner Brecht, Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Presse
Grafische Umsetzung: Follow Me
Bildnachweis: Abgeordnetenbüro Günther Felbinger, Bildarchiv Bayerischer Landtag, BR-Klassik, Dr. Werner Brecht, Michael Eder, Gabriele Fischer, Nicolai Hartung, Rolf Poss, Udo Eggensberger-Prestel, Marcel Prestel

V.i.S.d.P.: Thorsten Glauber MdL

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION

WOLLEN SIE WEITERHIN KOSTENLOS ÜBER DIE ARBEIT DER **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT WERDEN?

Einfach Formular ausfüllen und unterschreiben! Per Post an: **FREIE WÄHLER** FRAKTION im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, Max-Planck-Str. 1, 81627 München oder per Fax: +49 (0) 89 / 41 26-16 43 bzw. online: www.fw-landtag.de/fraktionszeitung
(BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN)

Vorname: _____ Name: _____

Straße, Nr.: _____ PLZ: _____

Wohnort: _____ E-Mail: _____

Ich möchte die Fraktionszeitung und weitere Informationen per ☐ Post ☐ E-Mail erhalten.

Ort, Datum, Unterschrift: _____ _____ _____

Durch das Absenden dieses Abschnitts willige ich in die Speicherung meiner Daten durch die **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag ein. Ich bin damit einverstanden, dass meine E-Mail Adresse und meine persönlichen Daten von der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION dazu verwendet werden, mich über deren politische Position und Serviceangebote zu informieren.